

# Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens

## Der Kontrast zwischen Reichtum und Armut in der Welt

Die diesjährige Soziale Woche Frankreichs, die vom 22. bis 27. Juli in Dijon tagte, hatte sich ein so zentrales und für den Frieden und die Zukunft der Welt entscheidendes Thema — „Reichtum und Armut“ — gestellt, daß der Heilige Vater sich nicht, wie sonst, damit begnügt hat, durch die Feder seines Unterstaatssekretärs Mgr. Montini einen das Thema beleuchtenden Brief an den Präsidenten der Sozialen Wochen, Charles Flory, zu senden, sondern selber ein Handschreiben an ihn gerichtet hat, das wir auf S. 25 dieses Heftes wiedergeben. In diesem Brief hat der Heilige Vater, nachdem er den Umfang der Fragen, die in den Worten „Reichtum und Armut“ enthalten sind, umrissen hatte, nochmals mit aller Deutlichkeit die katholische Lehre vom irdischen Besitz mit seinen Werten und Verpflichtungen dargelegt.

Dieser Brief ist während der Eröffnungsmesse der Tagung von der Kanzel verlesen worden. Die eigentliche Vortragsfolge der Sozialen Woche wurde, wie alljährlich, durch einen großen, rahmengebenden Vortrag des Präsidenten, Charles Flory, über das Thema „Das Elend der einen gegenüber dem Wohlstand der andern“ eingeleitet. Wie immer, geben wir auch dieses Jahr einen ausführlichen Bericht über diese grundlegende Darstellung des ganzen Problems, mit dem sich die Tagung befassen wollte.

Auf die einzelnen Vorträge können wir diesmal aus Raummangel nicht eingehen. Ihre Problemstellungen sind jedoch alle in der Rede Florys berührt, ihr Beitrag zum Ertrag der Tagung in die Schlußresolutionen aufgenommen, mit deren wortgetreuer Wiedergabe wir unsern Bericht schließen.

Das Generalthema der Tagung hatte einen Untertitel: „Wachstum und Verteilung des Nationaleinkommens“. Dieser sehr konkrete Fragenkomplex lieferte das Tatsachenmaterial der Diskussionen. Aber von der theoretischen und sittlichen Seite her war mehr als nur das gemeint und kam auch mehr als nur das zur Sprache: nämlich der ganze Komplex der Besitz- und Besitzverteilungsfragen im einzelnen Leben, innerhalb der Nation und als Grundlage für den sozialen und internationalen Frieden der Welt im Licht der christlichen Soziallehren.

### *Der Vortrag Charles Florys*

Flory betonte als erstes das Wagnis, ein so gewaltiges Problem überhaupt aufzugreifen. Was man darüber auch sagt, man wird es niemandem recht machen. Man wird Erwartungen enttäuschen, ohne doch andererseits Beunruhigten Beruhigung zu bringen. Aber gerade der Christ hat die Aufgabe, auch angesichts der schwierigsten Fragen auf Grund seines Glaubens die wahre Gerechtigkeit zu suchen, da er über die sozialen Beziehungen hinaus die Forderungen der totalen Wirklichkeit kennt.

Man kann sich fragen, warum diese Frage heute so brennend ist, wo doch eine unleugbare Nivellierung der Besitzverhältnisse stattgefunden hat und außerdem die Produktion wächst. Doch der Mensch vergißt schnell, was er schon erreicht hat, zumal er den ganzen Umfang des Möglichen heute immer deutlicher vor sich sieht. Bis zum

vorigen Jahrhundert resignierte er normalerweise vor Umständen, die er für unabänderlich hielt. Aber heute ist er sich schon kaum mehr bewußt, wie weit er schon vorwärtsgekommen ist. Außerdem hat sich diese Nivellierung nicht auch von Volk zu Volk vollzogen, sondern im Gegenteil, hier haben sich die Unterschiede je nach dem Stand der Industrialisierung der Länder noch verschärft, während doch das Bewußtsein der Ungleichheit auch bei den rückständigen Völkern erwacht ist, die sich entrechtet, wenn nicht gar ausgebeutet fühlen. In Europa und speziell in Frankreich kommt der Rückschlag der Verarmung durch den Krieg hinzu, um die Armut doppelt fühlbar zu machen.

Flory betont, wie deutlich es ihm bewußt ist, daß eine erste Information der öffentlichen Meinung über diese schwierigen Probleme die Menschen gefährlichen Mythen in die Arme treiben kann. Doch um so wichtiger ist es, sie mit tiefstem Ernst anzufassen. Zudem sind in unserer Zeit neue technische Verfahren gefunden worden, die es zum erstenmal ermöglichen, diese Fragen auf exakter Grundlage zu stellen.

### *I. Neue Lehren und technische Verfahren zur Verteilung der Güter*

Hier nennt Flory an erster Stelle den Fortschritt der statistischen Methoden, durch die man die Phänomene der Güterverteilung in wissenschaftlichen Termini erfassen kann; es handelt sich dann darum, sie richtig zu interpretieren.

An zweiter Stelle haben sich auch die technischen Möglichkeiten der Verteilung des Volkseinkommens beträchtlich entwickelt. Die liberalistische Doktrin von der Verteilung auf Grund des bloßen Spiels der Kaufkraft ist dem Begriff des an die Person gebundenen Lebensunterhalts gewichen, und zur Person gehören auch die Familienverpflichtungen. So ist man zum Begriff des Existenzminimums, des Minimallohns, der Familienzulagen gekommen, Vorstellungen, die sich auch die Steuergesetzgebung zu eigen gemacht hat. Der Staat hat heute in der Tat zwei Möglichkeiten, die Güterverteilung zu regulieren: einmal durch direkte legislative Eingriffe, die die Löhne, Preise, Gewinnspannen festlegen; und zweitens durch ausgleichende Maßnahmen finanztechnischer Art: Steuerverteilung, Unterstützungen, Beihilfen, Sozialversicherungen. Nun ist aber das Überraschende, das bei einer genaueren Untersuchung mit den heute dazu zur Verfügung stehenden Mitteln herauskommt, daß die Reichen bei dieser regulierenden Tätigkeit der staatlichen Finanzgebarung leichte Vorteile zu verzeichnen haben, während die Armen gezwungen sind, Summen zu zahlen, die diejenigen übersteigen, die ihnen durch die Sozialdienste usw. zurückerstattet werden!

Schuld daran ist zweifellos die Unvollkommenheit des Steuersystems und mehr noch die soziale Struktur Frankreichs, wo die große Masse der Steuerzahler von den mittleren und kleinen Vermögen gebildet wird. Ganz anders liegt es etwa in England, wo einerseits die Steuermoral erheblich besser ist, dann aber auch die Existenz sehr großer Vermögen eine wirksamere Gesetzgebung zum Ausgleich der Einkommen ermöglicht hat. Heute müssen dort die Reichsten mit einem fünfzehnmals größeren Ein-

kommen auskommen als ein Bergarbeiter, während sie früher das 1500- bis 2000-fache hatten.

Flory geht dann zu dem Problem der Güterverteilung auf internationaler Ebene über. Hier beruht die Ungleichheit der Lebenshaltung zunächst auf der ungleichen Verteilung der Rohstoffe, dann auf geographischen Gegebenheiten und schließlich auf der jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklung der Länder. Bei dem kumulativen Charakter der wirtschaftlichen Entwicklung steigert sich diese Ungleichheit immer mehr, denn die schon entwickelten Länder haben es immer leichter, sich noch weiter zu entwickeln, während die rückständigen Gebiete riesige Schwierigkeiten haben, auch nur anzufangen, sich zu entwickeln. Auch auf diesem Gebiet haben die Bedürfnisse zu ganz neuen Formen der Neuverteilung geführt, wofür etwa so völlig neue Vorgänge wie der Marshallplan und der Vierte Punkt Trumans Beispiele sind.

Nun ist es nur zu verständlich, daß diejenigen, die unter der Ungleichheit der Güterverteilung leiden, sich fragen, ob es denn mit den heutigen Methoden nicht möglich wäre, gleichsam ein „Grundeinkommen“ für jeden Bürger festzusetzen, von dem aus es dann einen gewissen Spielraum von Abwandlungen geben könnte. Aber das sind pure Abstraktionen, außer man vertraute ihre Durchführung einer gefährlichen staatlichen Allmacht an. Die Sozialen Wachen bleiben aber fest bei ihrem im vorvergangenen Jahr in Lille aufgestellten Ziel (vgl. Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 38 f.), Planwirtschaft und Freiheit miteinander in Verbindung zu bringen, die freie Initiative nach Möglichkeit zu fördern und zu den technischen Verfahren der Neuverteilung nur dann Zuflucht zu nehmen, wenn sie die Freiheit bestehen lassen.

Wenn also die neuen statistischen Methoden auch keinen solchen Wunschraum erfüllen können, so leisten sie doch schon einen wichtigen Dienst, indem sie die Debatten auf einem den Leidenschaften so ausgesetzten Gebiet auf objektivere Grundlagen stellen. Wie wichtig ist es z. B. wenigstens annäherungsweise die gegenwärtige Verteilung des Volkseinkommens kennen zu lernen; wie wichtig, zu erfahren, daß die Soziallasten, die die Geschäftswelt so oft als unerträglich bejammert, in Wahrheit von den Arbeitern getragen werden, deren Reallohn so stark gesunken ist. Ebenso interessant ist es auch zu wissen, daß die Produktionssteigerung, von der die Arbeitnehmer immer klagen, daß sie ihnen nicht zugute komme, tatsächlich in der technischen Ausstattung und in der Aufrüstung steckt, während sich die Verbrauchsgüter noch kaum bis zum Stand von 1939 wiedererhoben haben. Die Statistik verrät auch, daß bei dem heutigen Stand der Dinge eine sofortige gleichmäßigere Neuverteilung der Güter nur auf dem Weg über weitestgehende Lenkung und Kontrolle zu erreichen wäre und daß man sich um der Erhaltung der Freiheit willen mit der bescheideneren Aussicht auf ein regulierendes Eingreifen auf dem Weg des Ausgleichs der schreiendsten Ungerechtigkeiten begnügen muß.

## II. Realität des Elends

Es gibt zwei Arten von Armut; die eine beruht auf individuellem Versagen oder Unglück, die andere auf einem schlechten sozialen Zustand. Die erstere fällt unter die Betätigung der Nächstenliebe. Die letztere ist aber durch persönliche Freigiebigkeit allein nicht in Ordnung zu bringen. Da sie eine unannehmbare Unordnung darstellt, dürfen wir uns keine Ruhe gönnen, ehe nicht eine Reform

stattgefunden hat, die jedem das Minimum von Wohlstand und Unabhängigkeit sichert, auf das er auf Grund seiner Menschenwürde Anspruch hat.

Das Elend, das die Industrialisierung mit sich gebracht hat, ist uns heute durch eine umfangreiche Literatur deutlich zum Bewußtsein gebracht worden. Es ist auch einiges geschehen, um z. B. das Los der arbeitenden Frau zu erleichtern oder den Lohn der Familienversorger zu erhöhen. Aber damit ist nicht das Einkommen der Arbeiterschaft als ganzes gesteigert worden, sondern was den einen zugelegt worden ist, hat man den andern genommen. Übrigens besteht das Elend des Industriearbeiters auch nicht nur in seinem unzureichenden Lohn, sondern ebenso in der Menschenunwürdigkeit einer Arbeit, deren Sinn der Arbeitende nicht versteht, in den Wohnverhältnissen, in der Aussichtslosigkeit seiner Lage.

Das Elend der Arbeiter ist aber nicht das einzige und nicht einmal das schlimmste, das die heutige Sozialstruktur mit sich bringt. Daneben — und noch ungenügend erforscht — besteht das Elend der Opfer der Geldentwertung, der kleinen Rentner, der Wohnungslosen, der in Frankreich lebenden nordafrikanischen Arbeiter und der „Displaced Persons“.

Schaut man auf die Bevölkerung der Erde als ganzes, so kommen die Bewohner der Hungerdistrikte dazu. Zwei Drittel der Menschheit lebt noch unter Verhältnissen, in denen das Leben nur im Kampf um die nackte Existenz besteht und immer wieder von entsetzlichen Katastrophen heimgesucht wird, wie etwa der Hungersnot in Bengalen 1943, bei der mehrere Millionen Menschen Hungers gestorben sind. Untersuchungen der UNO-Organisationen haben aufgedeckt, daß 10 Prozent der Menschheit sich im Besitz von 81 Prozent aller auf der Erde hervorgebrachten Verbrauchsgüter befinden. Das bedeutet aber, daß der größte Teil der Menschheit immer noch unter Verhältnissen lebt wie vor Tausenden von Jahren. All dies ist uns heute zur Kenntnis gebracht, und wir können nicht mehr leben, als ob wir es nicht wüßten. Ganz besonders für den Christen sind solche Zustände weder für seine Vernunft noch für sein Gerechtigkeitsempfinden tragbar. Daß in den höher entwickelten Ländern auch die Ansprüche steigen und, was gestern durchaus tragbar erschien, heute untragbar erscheint, ist im übrigen nicht nur verständlich, sondern auch berechtigt. Die Folge davon ist aber, daß eine Produktionssteigerung dringend notwendig ist, um alle diese Ansprüche zu erfüllen. Und dabei darf eins nicht vergessen werden: diese Bemühungen um Gerechtigkeit erfordern Geduld. Geduld ist aber ein geringes Opfer gegenüber den Opfern, die die Volksdemokratien zwangsweise von ihren Völkern für eine ungewisse Zukunft fordern.

## III. Zur Überwindung der soziologisch bedingten Armut

So wird die Produktionssteigerung fast zu einer moralischen Pflicht. Allerdings erheben sich Stimmen dagegen, die darauf hinweisen, daß es schon jetzt wieder in gewissen Branchen Überproduktion gebe. Aber darf Vorsicht zu Stagnation führen? Darf man von Überproduktion reden, solange es in der Welt soviel unbefriedigte Bedürfnisse gibt? Wird man wieder anfangen, Reichtümer zu vernichten, nur weil es den Armen an Mitteln fehlt, sie zu kaufen? Sollte es in Friedenszeiten keine technischen Möglichkeiten des Ausgleichs in diesen Schwierigkeiten geben, während man doch im Krieg solche immer

findet? Hier erscheint klar die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Koordination auf nationaler wie auf internationaler Basis. Dergleichen Erkenntnisse gewinnen zum Glück ebenso bei den Unternehmern wie bei den Arbeitern und Gewerkschaften Raum. Zugleich bleibt es, wie die Sozialwoche von Lille im vorigen Jahr unterstrichen hat, wichtig, daß der Privatinitiative genügend Spielraum zur Verfügung steht. Aber nur die staatlichen Stellen können für eine gewisse Disziplin sorgen und eine bestimmte Hierarchie der Bedürfnisse festsetzen.

Die Möglichkeit des Gewinns bleibt eine der wichtigsten Triebkräfte im Wirtschaftsprozeß; aber es muß auch dafür gesorgt werden, daß die Produktionssteigerung schließlich allen Mitgliedern der Volksgemeinschaft zugute kommt. Darum wendet die Sozialwoche den modernen Methoden des Gewinnausgleichs — z. B. den Sozialversicherungen — das größte Interesse entgegen.

Damit kommt Flory zu einer letzten kurzen Zusammenfassung der Aufgaben, die sich die diesjährige Tagung gestellt hat: ihr Gegenstand ist die Steigerung und Verteilung des Volkseinkommens. Aber die Sorge der französischen Sozialwoche geht über die Grenzen des Landes hinaus. Das Elend gewisser Völker stellt nicht nur eine ständige Gefahr für den Frieden dar, sondern fordert auch das Gewissen heraus, Hilfe zu finden. Und dabei kann es sich nicht um ein vorübergehendes Auffüllen von Lücken handeln, sondern es muß das Ziel sein, diese Völker so auf ihre eigenen Füße zu stellen, daß sie sich künftig selber genügen und unabhängig leben können. Frankreich ist eine Zeitlang infolge des Krieges selber genötigt gewesen, Hilfe von außen anzunehmen. Aber indem sich seine Lage allmählich bessert, werden ihm auch immer neue Pflichten entstehen: nicht nur der eigenen Volkswirtschaft gegenüber, sondern dann in erster Linie gegenüber seinen überseeischen Ländern und schließlich gegenüber allen weniger begünstigten Ländern.

Im Rahmen der so von Flory umrissenen Aspekte des Problems „Reichtum und Armut“ fanden dann die Vorträge der Sozialwoche von Dijon statt. Die Vortragenden waren, wie immer bei diesen Veranstaltungen, hervorragende Wissenschaftler einerseits und führende Theologen andererseits. Die Arbeit der Tagung führte schließlich zu den im folgenden wiedergegebenen Entschlüssen.

#### *Die Entschlüsse der französischen Sozialwoche in Dijon*

Wie jedes Jahr, so hat auch diesmal die Sozialwoche ihre Arbeiten in einer Schlußerklärung zusammengefaßt. Sie lautet:

Die Soziale Woche fordert die Franzosen auf, sich ebenso, wie sie selbst es getan hat, eine Anzahl von Tatsachen zum Bewußtsein zu bringen, die zum Handeln drängen: Trotz der Zunahme der Produktion und einem gewissen Ausgleich der Bedarfsbefriedigung machen sich immer deutlicher anstoßerregende Ungleichheiten fühlbar. Nur zu oft hat sich im Gefolge der Industrialisierung ein Proletariat entwickelt, dessen Lebensbedingungen unerträglich sind. Doch das sind noch nicht die einzigen sozialen Übelstände und auch nicht die schlimmsten; die Opfer der Inflation, die Obdachlosen, die nordafrikanischen Arbeiter, die Flüchtlinge stellen weitere dar. Noch allgemeiner erzeugt die Unausgeglichenheit des Lebensstandards in der Welt neue Gegensätze: reiche Länder und Hungerländer. Angesichts dieser Notstände, die über

den Einsatz der individuellen Liebestätigkeit hinaus eine institutionelle Aktion erfordern, ist es wichtig zu unterscheiden, was utopisch ist und was man von der modernen Technik tatsächlich erwarten kann, und, was Frankreich betrifft, die Lage seiner Wirtschaft genau zu präzisieren, die zu sehr zur Stagnierung neigt und von der man doch Ausweitung verlangt.

#### *Die Soziale Woche hat im christlichen Ideal die Inspiration zu einem Werk des Aufbaus gesucht*

1. Beim Streben nach Mehrung und gerechter Verteilung der materiellen Güter hält sie es für notwendig, dieses Streben einer richtigen Einschätzung der Hierarchie der Güter und ihrer Rolle in der menschlichen Bestimmung einzuordnen.

2. Die materiellen Güter haben ihren Platz im Dienste der menschlichen Person. Darum ist es wichtig, zwei Prinzipien hochzuhalten: das des Rechts auf Eigentum, das die menschliche Selbständigkeit garantiert, und das der Gemeinschaftsbestimmung der Güter, Prinzipien, die heute nur durch eine gerechte Verteilung miteinander in Einklang gebracht werden können; diese muß angesichts der menschlichen Leiden aus brüderlicher Liebe entspringen.

3. Das Evangelium lehrt die Gleichheit der Menschen nach ihrer Natur und ihrer Bestimmung, eine Gleichheit, die mit unzähligen persönlichen Verschiedenheiten und funktionellen Ungleichheiten vereinbar ist, aber in der gegenwärtigen Stunde die Hebung der entrechteten Gruppen verlangt, um eine relative Gleichwertigkeit der wechselseitigen Vorteile im Schoß einer brüderlich menschlichen Gemeinschaft zu verwirklichen.

4. Aus diesen Prinzipien leitet sich die Generallinie der Bemühungen ab, die wir für unsere Pflicht halten. Um eine gerechte Verteilung des Nationaleinkommens zu erhalten, ohne zu diktatorischen Methoden zu greifen, die die freie Entfaltung der Persönlichkeit ersticken, muß man in einem ersten Stadium bei aller Rücksicht auf den Mechanismus des Unternehmens und des Marktes eine gerechtere Verteilung unter den verschiedenen sozialen Gruppen und unter den Einzelnen innerhalb jeder Gruppe anstreben; darauf muß man in einem zweiten Stadium, um in weitestem Ausmaß die Mängel dieser ersten Verteilung auszugleichen, durch öffentliche Organe an eine Neuverteilung gehen, die im Hinblick auf das Gemeinwohl geschehen muß. Dieses doppelte Vorgehen setzt, um mit Bewußtsein geschehen zu können, eine bessere Kenntnis der Wirtschaftslage durch die Entwicklung der statistischen Stellen und zugleich, um wirklich durchgeführt zu werden, eine unabhängige und mit Autorität ausgestattete Wirtschaftsverwaltung voraus: eine aufgeklärte, geordnete Wirtschaft.

#### *Hinsichtlich der Richtlinien kommt die Soziale Woche zu folgenden Schlußfolgerungen:*

1. In Weltperspektive erscheinen die wirtschaftlichen Fortschritte als sehr lokal, und die nationalen Abschließungen tragen dafür eine ebenso große Verantwortung wie die Wirtschaftssysteme. Darum kann die Situation nur durch übernationale Initiativen geändert werden, die die Aufrichtung einer Weltwirtschaft vorbereiten, deren vorherrschende Sorge es wäre, jedem Menschen die Ausgangsgüter zu beschaffen, die zu seinem wahren menschlichen Wachstum in der Gemeinschaft der Lebenden notwendig sind.

2. Zu diesen Initiativen gehört in erster Linie die Hilfe gegenüber den unentwickelten Ländern, die in ihren eigenen Hilfsquellen nicht die Mittel finden, ihre Lage zu bessern. Ihr Ziel muß es sein, der Wirtschaft dieser Länder eine ausreichende Autonomie in der Zusammenarbeit und dem friedlichen Austausch mit anderen Nationen zu schenken. Nur die Übertragung weitgehender Vollmachten an übernationale Einrichtungen wird die harmonische Verwirklichung dieser Aufgabe möglich machen.

3. Bei dieser kollektiven Bemühung hat Frankreich eine besondere Verantwortung gegenüber seinem überseeischen Besitz, wo eine neue Wirtschaftsform, die sich seit einem halben Jahrhundert entwickelt hat, eng in die überlieferte Wirtschaftsform eingeschaltet ist. Diese beiden Wirtschaftsformen wirken aufeinander ein und stellen Probleme voll unbekannter Größen. Das Mutterland muß sich diesen mit seinen eigenen Hilfsquellen zuwenden, oder es hat die Verpflichtung, in irgendeiner Form auf die internationale Zusammenarbeit zurückzugreifen.

4. Jedenfalls steht die französische Wirtschaft hinsichtlich der Verwertung des Nationaleinkommens vor notwendigen und schwierigen Wahlen zwischen den drei Faktoren: Verbrauchsgüter, Friedensausrüstung und Ausrüstung für die Landesverteidigung.

5. Auf der Ebene der primären Verteilung, die im und durch das Unternehmen stattfindet, ist es offenkundig notwendig, die organisatorischen Bemühungen, die zur Steigerung der Produktion führen sollen, technisch und psychologisch mit der gerechten Verteilung des so verwirklichten zusätzlichen Ertrags zu verbinden. Man darf jedoch nicht vergessen, daß sich einerseits die Steigerung der Produktion vor allem in einer Herabsetzung des Verkaufspreises ausdrücken müßte und daß andererseits der Arbeiter für seine Arbeit nicht nur einen besseren Lohn erhalten, sondern, soweit möglich, auch eine moralische Befriedigung finden müßte; diese kann ihm nur eine vom Begriff des Dienens beseelte Gruppenarbeit verschaffen.

6. Die Sozialversicherung, deren Aufgabe es ist, für Bedürfnisse (Krankheiten, Kinder, Renten) zu sorgen, die die primäre Verteilung der Güter nicht zu befriedigen im Stande ist, ist eben darum ein Faktor der Neuverteilung des Nationaleinkommens. Allerdings hat sie entgegen der allgemeinen Auffassung das Einkommen der Arbeiter nicht erhöht, sie hat es nur anders unter ihnen verteilt. Die zu große Ungleichheit in den Methoden der Sozialversicherung bei den verschiedenen sozialen Gruppen verhüllt Ungerechtigkeiten, die verschwinden müßten; ebenso wäre es nötig, ihre Organisationen zu menschlicheren Einrichtungen umzugestalten, die den Kontakt mit

den Personen und die Einführung von Organisationsmöglichkeiten des Typs „gegenseitiger Hilfe“ erlaubten.

7. Auch die öffentlichen Finanzen spielen auf verschiedenste Weise eine wichtige, vielleicht sogar entscheidende Rolle in der Neuverteilung des Nationaleinkommens. Zumal die Steuer war als ein Mittel zum Ausgleich der sozialen Strukturen gedacht. Auf die Steuerreform müßte sich daher die hauptsächlichste Mühe um Gerechtigkeit richten: Die Ungleichheiten in der Steuerbelastung der verschiedenen Einkommen beruhen gegenwärtig in Frankreich auf den gewollten Ungleichheiten in der Einstufung und im Proporzsystem, in der Verschiedenheit der Möglichkeiten und des Vorsatzes zur Hinterziehung, schließlich in der Verschiedenheit der Konsequenzen und Auswirkungen der Steuern. Die direkten Steuern müßten sich um eine gerechte Verteilung der Opfer bemühen. Die indirekten Steuern ihrerseits müßten zu demselben Zweck weniger schwer auf den wichtigsten Lebensgütern lasten.

8. Eine letzte Neuverteilung des Nationaleinkommens, diesmal eine sehr bedauerliche, ergibt sich durch das Schwanken der Kaufkraft infolge der Geldentwertung. Diese Geldentwertung hat ungerechte und demoralisierende Folgen: die Löhne folgen fast immer mit Verspätung dem Ansteigen der Preise, die Renten werden niemals gerecht aufgewertet, alles Sparen wird entmutigt. Die bewegliche Skala ist eine gefährliche Maßnahme, deren Androhung jedoch als ein Mittel erscheinen kann, Reformen durchzusetzen, die der Notwendigkeit ein Ende bereiten würden, unaufhörlich die Einkommen der Gruppen anzugleichen.

9. In unserem gegenwärtigen Sozialregime sind die Diplome eines der notwendigen, wenn auch oft ungenügenden Mittel geworden, um einen gewissen Lebensstandard zu erreichen. Eine gerechte Neuverteilung würde daher eine gewisse Ausgleichung der Chancen voraussetzen. Doch um diesen Ausgleich herbeizuführen, darf es sich nicht darum handeln, die Familienbande der studierenden Jugend zu zerreißen und sie in materielle Abhängigkeit vom Staat zu versetzen. Selbst wenn dieses Problem für den Hochschulunterricht gelöst würde, bliebe übrigens vorher schon und vielleicht noch wichtiger die Frage der Ungleichheit gegenüber der mittleren Schulbildung. Für dieses Problem gibt es nur eine Lösung durch eine allgemeine Unterrichtsreform, die ihrerseits wieder eine Reform der Gewohnheiten voraussetzen würde: um durchführbar zu sein, müßte die Verallgemeinerung des Unterrichts nicht die Flucht zu einer beschränkten Kategorie von Berufen zur Folge haben.

## Aus der Ökumenischen Bewegung

### Die „Gleichschaltung“ der Ökumenischen Bewegung für Glaube und Verfassung

#### Ergebnisse der Weltkirchenkonferenz von Lund

Seit langem war es vielen Männern der Ökumenischen Bewegung einsichtig, daß der einst selbständige Zweig für „Glaube und Verfassung“, dem bei der Gründung des „Weltrates der Kirchen“ zu Amsterdam im Jahre 1948 eine gewisse Autonomie zugestanden worden war, gleichsam eine letzte Chance, nicht mehr lange in der bisherigen

Weise werde weiterarbeiten können; besonders dann nicht, wenn auch die 3. Weltkonferenz in Lund über die Anfänge von Lausanne (1927) und Edinburgh (1937) hinaus keine greifbare Lösung des dogmatischen und rechtlichen Problems der Wiedervereinigung im Glauben erarbeiten könnte. Eine solche Lösung ist nun tatsächlich